

**ATTRAKTIVITÄT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES****Unser Geldbeutel im Fokus der Haushaltskonsolidierungen**

Wenn Sie diese Zeilen lesen, haben wir entweder eine erfolgreiche Tarifaueinwanderung hinter uns – oder wir befinden uns gerade in der Urabstimmung und in der Vorbereitung von Streikmaßnahmen, weil die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes Anfang März kein kompromissfähiges Angebot auf den Tisch gelegt haben.

Eine Regelung für die Beamtinnen und Beamten ist mit Sicherheit noch lange nicht in Sicht, denn unterschiedlicher könnten die Vorstellungen der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitgeber nicht sein. Während wir die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Landes fordern, hat der Finanzminister maximal 1,5% im Landeshaushalt eingeplant und der Ministerpräsident hätte am liebsten eine Nullrunde.

Wir haben hier an dieser Stelle schon mehrfach darauf hingewiesen, wie wir in der Vergangenheit unseren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet haben und in welcher Regelmäßigkeit Besoldungserhöhungen ausgeblieben, verzögert oder im Vergleich zum Tarifabschluss verringert wurden.

Wie viele Jahre wird schon bemängelt, dass wir eigentlich nur die Zahlenden im Bund-Länder-Ausgleich sind und deswegen bei einen oder anderen Abstriche gemacht werden müssen. Geändert hat sich nichts. Auch nicht in noch so harten Verhandlungen. Dass nun auch Wahlkampf eine Rolle spielt, bleibt mir nicht verborgen, aber wäre es nicht im Interesse der Sache und im Interesse vor allem der Beschäftigten sinnvoll, sich einer Klage anzuschließen. Schon höre ich sie, die sagen, aha, du möchtest also, dass deine Kolleginnen und Kollegen in Berlin weniger verdienen. Dieses Totschlagargument kann schon lange nicht mehr ziehen, denn unsere Kolleginnen und Kollegen in Berlin bekommen zurzeit auch nicht mehr wie wir, eher sogar weniger.

Ist unser System der Beamtenbesoldung eigentlich im Sinne der Alimentation noch richtig – und sinnvoll?



Wenn ja, warum wurde dann die Vergütung bei den Abgeordneten auf völlig andere Beine gestellt? Das Verfahren zur Berechnung der Abgeordnetendiäten wurde zwar schon seit sechs Jahren praktiziert, eine der ersten Amtshandlungen der neuen Landesregierung war es, diese Praxis in ein Gesetz zu gießen. Warum? Weil sie sich bewährt hat!!!

Demnach orientiert sich die Berechnung der Abgeordnetendiäten am sog. INDEXIERUNGSVERFAHREN und wird automatisch alle zwölf Monate aktualisiert.

Das Statistische Landesamt teilt dem Landtag eine Maßzahl mit, die sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst UND in der FREIEN WIRTSCHAFT orientiert und nach dieser Maßzahl erhöhen sich in schöner Regelmäßigkeit auch die Abgeordnetendiäten.

Schon rund einen Monat nach Amtsantritt unserer neuen Landesregierung erhöhten sich die Diäten um sage und schreibe 4,55% und bereits zwölf Monate später noch einmal um 3,24%.

Innerhalb von zwölf Monaten also um 7,79%.

Ich möchte damit keine Neiddiskussion anfangen, die Abgeordneten haben das sicher verdient, aber wir, die wir für die Innere Sicherheit unsere Köpfe hinhalten, haben es einfach satt, jedes Jahr aufs Neue

hören zu müssen, dass der Haushalt konsolidiert werden muss, die Schuldenbremse drückt oder Steuermindereinnahmen zu verzeichnen haben usw. Ausreden, um uns Gehalts- und Besoldungserhöhungen zu verweigern oder nicht zu gönnen, gibt es genügend. Wir haben es satt, dass als erstes immer unser Geldbeutel in den Fokus der Financer und Haushälter gelangt und wir dann am Ende entweder die Dummen sind oder aber um Erhöhungen kämpfen müssen.

Wer im Interesse der Bürgerinnen und Bürger den Haushalt konsolidieren möchte, der sollte, nein der darf die Zukunft nicht vergessen.

Die demographische Entwicklung, sollte auch hinsichtlich der Besoldung/ Vergütung der eigenen Beschäftigten nicht aus dem Auge verloren werden.

Wie wirkt es denn heute auf die vielleicht zukünftigen Beschäftigten und Beamten, die in den nächsten Jahren die heutige Generation ablösen sollen, wenn heute so getan wird, als lebte der öffentliche Dienst in einem Tal, wo goldener Honig fließt und die Tauben gebraten vom Himmel fallen und er dann feststellen muss, dass die Realität völlig anders aussieht.

Attraktivität sieht anders aus. Neben der Haushaltskonsolidierung müsste auch sie im Blickfeld der Verantwortlichen sein.

Euer Rüdiger Seidenspinner



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@1 veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Telefonnr. 0 15 25/ 3 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe 2013 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 5. April 2013, und für die Juni-Ausgabe 2013, Freitag, der 3. Mai 2013.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

Wolfgang Kircher und Thomas Mohr

„5 vor 12“ – Warnstreiks im öffentlichen Dienst



Unter dem Motto „5 Minuten vor 12“ fanden u. a. in Freiburg, Karlsruhe und in Ulm mehrere Warnstreiks statt.

Am 19. 2. hat Verdi in Ulm im Rahmen eines Warnstreikes „5 Minuten vor 12“ symbolisch zu einer Protestaktion „5 vor 12“ aufgerufen – und viele sind gekommen. Zeitweise haben sich bis zu 300 Personen auf dem „Weinhof“ in Ulm eingefunden.

Vertreter von Verdi, hauptsächlich aus dem Bereich der Uni Ulm, GEW, eine Abordnung der DSTG („Steuergewerkschaft“ im DBB) und eine große Abordnung der GdP bildeten einen bunt gemischten, unüberhörbaren, sparten- und gewerkschaft-übergreifenden Haufen.

Zeitweise folgten bis zu 30 Kolleginnen und Kollegen der Polizeidirektion Ulm den Ansprachen. Die Redner von Verdi, GEW sowie der Personal- und Auszubildendenvertretung der Uni Ulm, gingen neben dem zentralen Thema: Tarifverhandlungen und Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite u. a. auf befristete Arbeitsverträge, Situation der

Auszubildenden und Kürzung des Urlaubsanspruches ein.

Als Vertreter der GdP sprach unser stellv. Landesvorsitzender Lothar Adolf. In seiner Rede stellte er die Solidarität der GdP mit den Streikenden heraus, kritisierte jedoch vor allem die Gutsherrenart unserer Landesregierung, insbesondere unseres Finanzministers, der mit Maximalforderungen von höchstens 1,5% oder noch besser einer „Nullrunde“ jeglichen Verhandlungsspielraum unterbinden will.

Alle Redner waren sich darin einig, dass diese Veranstaltung nur ein Vorspiel für die zentrale Protestaktion am 5. 3. in Stuttgart ist und forderten die Zuhörer auf, für diese Veranstaltung so viele Teilnehmer wie möglich zu mobilisieren.



Pünktlich nach 50 Minuten war die Veranstaltung aus, so dass die „beamten“ Teilnehmer nicht einmal ihre Mittagspause überziehen mussten.

Die Resonanz auf diese kurzfristig anberaumte Protestaktion lässt auf weitere „ein-“druckvolle Veranstaltungen hoffen.

Lothar Adolf



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



TARIFRUNDE 2013

Beeindruckende Auftaktveranstaltung zur Tarifrunde 2013 in Stuttgart



Der Geschäftsführer der GdP, Ralf Knospe, bei der Auftaktrede

Mehr als 7500 Angehörige des öffentlichen Dienstes folgten dem Aufruf der ÖD-Gewerkschaften des DGB und der dbb-Tarifunion zur Protestkundgebung am 5. März in Stuttgart. Die Vielfalt der bunten Fahnen und Transparente bot eine beeindruckende Kulisse bei strahlendem Sonnenschein und zunächst klirrender Kälte, die sich mehr und mehr zu einem herrlichen ersten Frühlingstag in diesem Jahr mauserte.

Über 500 Kolleginnen und Kollegen der GdP, darunter eine Vielzahl an Beamtinnen und Beamten, sind dem Aufruf ihrer Gewerkschaft gefolgt.

Hauptredner bei der Eröffnungskundgebung war der Landesgeschäftsführer der GdP, Ralf Knospe.

In einer kurzen Zeitreise führte er den anwesenden Kolleginnen und Kollegen eindrucksvoll noch einmal die heiße Phase des Landtagswahlkampfes 2011 vor Augen. Fast auf den Tag genau zwei Jahre zuvor fand eine Protestkundgebung der ÖD-Gewerkschaften zur Tarifrunde 2011 in Stuttgart statt.

Knospe: „Alles sollte besser, gerechter und vor allem sozialer werden in diesem Land, wurde uns von den damaligen Oppositionsparteien versprochen. Die damalige Opposition und heutige Landesregierung von Baden-Württemberg hatte die vermeintlich besseren Finanzexperten, sie hatte die vermeintlich besseren Wirtschaftsexperten und die vermeintlich bessere soziale Kompetenz und sie waren diejenigen, die am 2. März 2011 wie die Zinnsoldaten aufgereiht genau vor dieser Bühne in Stuttgart gestanden haben, um uns ihre vermeintliche Solidarität zu bekunden.“

„Mit viel Mühe und Kraftaufwand gelang den Tarifparteien im Jahr 2011 ein

Vergleicht man im selben Zeitraum die Einkommensentwicklung in der freien Wirtschaft, ist dieses Ergebnis schon lange nicht mehr akzeptabel.

Ganz besonders absurd wird dieser Vergleich, wenn man ihn mit der Einkommensentwicklung unserer Abgeordneten hier in Baden-Württemberg vergleicht.

Das Verfahren zur Berechnung der Abgeordnetendiäten wurde zwar schon sechs Jahre zuvor praktiziert, eine der ersten Amtshandlungen der neuen Landesregierung war es, diese Praxis in ein Gesetz zu gießen. Warum? Weil sie sich für die Nutznießer bewährt hat!!!

Demnach orientiert sich die Berechnung der Abgeordnetendiäten am sog.



Der Demonstrationzug mit vielen Farben, Transparenten und Fahnen, ein beeindruckender Anblick.

Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst, an dem sich heute noch, mehr als 27 Monate später, die Löhne und Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes orientieren.

INDEXIERUNGSVERFAHREN und wird automatisch alle zwölf Monate aktualisiert.

Das Statistische Landesamt teilt dem Landtag eine Maßzahl mit, die sich an der allgemeinen Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst UND in der FREIEN WIRTSCHAFT orientiert und nach dieser Maßzahl erhöhen sich in schöner Regelmäßigkeit auch die Abgeordnetendiäten.

Schon rund einen Monat nach Amtsantritt unserer neuen Landesregierung erhöhten sich die Diäten um sage und schreibe 4,55% und bereits zwölf Monate später noch einmal um 3,24%.

Innerhalb von zwölf Monaten also eine Erhöhung um sage und schreibe 7,79%. Mit den parallel davon verbundenen Anhebungen der Aufwandsentschädigungen



Ralf Knospe bei der Auftaktrede in der Lautenschlager Straße.

Fotos: wki/gdp

Fortsetzung auf Seite 4



TARIFRUNDE 2013

Fortsetzung von Seite 3

etc. eine satte Einkommenssteigerung um rund 10% – und das in wohlgeerntet gerade mal zwölf Monaten.

In Kürze, nämlich im Juni 2013, steht bereits die nächste Berechnung des Statistischen Landesamtes an.

Lobreden über den öffentlichen Dienst gibt es immer dann, wenn sich unsere politisch Verantwortlichen hinter einem hervorragend funktionierenden System verstecken können.

Den politisch Verantwortlichen in Baden-Württemberg führte Ralf Knospes vor Augen:

- „WIR sind es, die Tag und Nacht für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes da sind.
- Wir sind es, die kranke und alte Menschen pflegen, wir sind es, die zwischenzeitlich nicht nur einen Großteil der Aus-



„Wahltag ist Zahltag“ – Herr Ministerpräsident, der Feststellung der enttäuschten Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes ist nichts hinzuzufügen.

bildung sondern auch der Erziehung der jungen Menschen im Land übernehmen müssen.

- Und wir sind es, die all dies auch noch gerne tun – nur deshalb funktioniert dieses System auch so hervorragend!
- Wir sind aber auch diejenigen, die von Tarifrunde zu Tarifrunde um Anerkennung ihrer Leistung kämpfen müssen.
- Dann will sich niemand daran erinnern,



Geballte „GdP-Power“ vor der Rednerbühne

Fotos: wki/gdp



Die Spitze des Demonstrationszuges, u.a. Dagmar Schorsch Brandt von ver.di, der DBB-Vorsitzende Stich, GdP-Geschäftsführer Ralf Knospes und Achim Meerkamp vom ver.di Bundesvorstand

dass wir im Dreck ersticken würden, gäbe es nicht Menschen, die ihn Tag für Tag wegräumen.

- Da will sich niemand daran erinnern, dass alle Bürgerinnen und Bürger über zwischenzeitlich zig verschiedene Servicenummern zu jeder Tages- und Nachtzeit gerade die Serviceleistung abrufen können, die sie dringend oder manchmal auch weniger dringend brauchen.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes wissen dies zwischenzeitlich zu schätzen. Einer aktuellen Umfrage zufolge findet die Mehrheit der Bevölkerung unsere Forderung nach 6,5% Einkommenssteigerung für gerechtfertigt.

Das müssen jetzt nur noch die verstehen, die nicht gewerkschaftlich orientiert sind, weil sie die Notwendigkeit einer starken Solidargemeinschaft verkennen, und insbesondere müssen es diejenigen verstehen, die einmal mehr als eine Legislaturperiode in diesem Land regieren wollen.“

„WIR haben die leeren Kassen dieses Landes nicht zu verantworten! Als über das Betreuungsgeld diskutiert wurde, war die Staatsverschuldung ein Fremdwort. An jeder Ecke des Landes werden Kindergärten und -tagesstätten gebaut, auf Teufel komm raus. Ob sie gebraucht werden oder

nicht, Hauptsache die Zuschüsse vom Bund stimmen!

Die Staatsverschuldung wird immer nur dann aus den alten Schubladen gezogen, wenn es darum geht, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anständig zu bezahlen. Wer dies tut, der muss sich nicht wundern, wenn er in eben einer solchen Schublade mitsamt seinen verstaubten Konzepten am Ende der Legislaturperiode wieder verschwindet“.

RKn

Appell des Landesgeschäftsführers an alle teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen:

Lasst uns bei allem, was uns verbindet, aber auch bei allem, was uns in der bunten Gewerkschaftswelt unterscheidet, an einem gemeinsamen Strang ziehen!

Lasst uns das tun, was den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg auszeichnet!

Lasst uns deutlich nach außen zeigen, dass wir auch großen Herausforderungen gewachsen sind, auch wenn es dieses Mal ausnahmsweise nur um uns und unsere Familien geht!

Die Solidarität der Beamtinnen und Beamten ist jetzt mehr gefordert denn je.

- Was wir zur Stunde nicht brauchen ist gewerkschaftliches Spartendenken
- Was wir nicht brauchen ist, dass sich Beamtinnen und Beamte zu Streikbrechern missbrauchen lassen
- Was wir jetzt nicht brauchen ist falsch verstandene Loyalität zu Vorgesetzten

Was wir jetzt brauchen ist MUT, KRAFT, ENTSCLOSSENHEIT und DURCHHALTEVERMÖGEN
WIR SIND ES WERT!



Geschäftsführender Landesvorstand beim Innenminister im neuen Ministerium

Am Mittwoch, dem 27. 2. 2019, also zwei Tage nach dem Einzug, konnte der Geschäftsführende Landesvorstand (GLV) seine erste Sitzung im großen Konferenzraum des neuen Innenministeriums durchführen. Grund war das für den Nachmittag anberaumte Gespräch mit Innenminister Reinhold Gall.

Zum neuen Gebäude, Adresse Willi-Brandt-Straße 41 in Stuttgart, direkt angrenzend an den Schlossgarten, sei nur soviel gesagt, es ist ja noch nicht ganz fertig (noch haben die Handwerker das Sagen) und über Geschmack lässt sich bekanntlich (nicht) streiten. Unbestritten ist jedoch die Verbesserung gegenüber dem alten Gebäude in Bezug auf Zweckmäßigkeit und Raumangebot. Aber ich denke, da sollte sich jede/r ihr/sein eigenes Bild machen.

Auf jeden Fall fand unsere Sitzung in großzügiger Atmosphäre und unser anschließendes Ministergespräch im „Hochsicherheitstrakt“ des Gebäudes statt.

Gesprächspartner waren neben Innenminister Reinhold Gall, Zentralstellenleiter Thomas Berger und der Inspekteur der Polizei und Gesamtprojektleiter, Gerhard Klotter. In einem fast dreistündigen Gespräch reichte unsere Themenpalette von Polizeistruktur und IBV über das neue Landespersonalvertretungsrecht, Nachwuchswerbung und Auswahlverfahren bis hin zur zweigeteilten Laufbahn und Schaffung des Berufsbildes der/des Polizeifachangestellte/n. Das Gespräch fand wie immer in betont freundlicher und trotzdem offener und kritischer Atmosphäre statt.

Nach kurzer Begrüßung im neuen IM dankte uns Innenminister Reinhold Gall für die konstruktive Zusammenarbeit, auch wenn wir nicht immer gleicher Meinung waren. Er bittet aber auch weiterhin um eine offene, kritische Zusammenarbeit und vor allem um eine Versachlichung der Diskussion.

In der anstehenden Polizeireform und vor allem im, nach der Einigung mit dem Hauptpersonalrat, nun doch anlaufenden Interessenbekundungsverfahren (IBV) stecken schon genügend Ängste und Emotionen. Allerdings verstehe er die häufig unsachliche Kritik bald nicht mehr. Er verstehe das IBV als seine Art des Dankes an die Polizeibeschäftigten – er gäbe damit

der Polizei was zurück, für ihre Bereitschaft zur Reform und das ohne teure externe Berater. Das Verfahren sei wohl einmalig, entspräche aber seiner Vorstellung von Menschenführung.

Außerhalb der Polizei hätte man auch wenig Verständnis für den Aufwand, der da betrieben wird. Insbesondere beim letzten Pressetermin wäre ihm Unverständnis und harsche Kritik der anwesen-

den, woraus auch unsere Grundhaltung zur Reform resultiere. Trotzdem könne man nicht alles akzeptieren oder unwidersprochen hinnehmen. Wir kritisierten vor allem die Diskrepanz zwischen politischem Willen und tatsächlicher Umsetzung vor Ort und die Unehrlichkeit mancher Projektverantwortlicher. Sogar unser Unverständnis für die eine oder andere Personalentscheidung trugen wir vor.



Rüdiger Seidenspinner auf dem Weg durch den großen Sitzungssaal des neuen Ministeriums, im Hintergrund der Schlossgarten mit dem Planetarium.

Foto: wki/gdp

den Journalisten entgegengeschlagen – sie, die Journalisten sahen da sogar ein „Luxusproblem“.

Er ging aber auch auf die Neiddiskussion innerhalb/zwischen den Ressorts ein, wo die Polizei immer noch als „Schonraum“ gesehen werde. Es gäbe deutliche Signale, dass das aber so nicht bleiben werde. Daher bittet er um eine Versachlichung der Diskussion und um Ehrlichkeit, denn das IBV bedeute viel Aufwand und werde vor allem von außen „kritisch“ hinterfragt.

Thomas Berger ergänzte, dass bei der ganzen Reform kaum noch das Wort „Bürger“ vorkommt und verweist ebenfalls auf die (kritische und neidvolle) Sichtweise der Innenverwaltung und anderen Ressorts auf die Polizei. Sozialverträglichkeit ist eben kein „Wunschkonzert“. Er bittet darum, „über den Zaun zu blicken“ und Vergleiche zu Reformen in anderen Bundesländern oder Bundespolizei zu ziehen – so ein Aufwand sei nirgends betrieben worden.

Unser Landesvorsitzender entgegnete, dass wir diese Anstrengungen durchaus se-

Bei einigen habe man den Eindruck, dass sie die Reform mit der Brechstange durchsetzen oder sich ein persönliches Denkmal setzen wollen. Häufig läge es am mangelnden Fingerspitzengefühl, am Verantwortungsbewusstsein oder einfach nur an der Wortwahl, wie z. B. dieser Äußerung: „Wichtig ist, dass der Tanker erst mal

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 502-0



IM GESPRÄCH

Fortsetzung von Seite 5

fährt, und dann schaue ich nach Sozialverträglichkeit“.

Es könne auch nicht sein, dass wir landauf, landab mit Provisorien starten, da sich diese erfahrungsgemäß verstetigen. Wir machten klar, dass wir eine Umsetzung mit Maß und Ziel und ausreichendem Zeitfenster erwarten und betonen, dass für uns auf jeden Fall der Arbeitsschutz und die Arbeitsbedingungen, also der Mensch, im Vordergrund stehen.

Investitionen in teure Provisorien bei andernorts vorhandener Infrastruktur und Logistik muss genauso abgelehnt werden wie sinnloses Hin- und Herfahren. Wir erinnerten auch an Thomas Bergers Worte in unserer Beiratssitzung: „Wir müssen in die Strukturen hineinwachsen und denken in unserer ‚Kindergeneration‘.“

Deshalb erwarten wir, dass vor Ort Ängste genommen werden, sonst droht die Stimmung zu kippen.

IM Gall bestätigte im Grundsatz unsere Vorstellungen, sieht auch unterschiedliche Vorgehensweisen und örtliche Voraussetzungen, fordert aber auch von „seinen“ Projektverantwortlichen Flexibilität und Nutzung der Gestaltungsspielräume.

IdP Klotter ergänzte, dass sich die zukünftige Organisation zunächst an den Aufgaben orientieren muss und dass man sich erst dann um die Menschen in dieser Organisation kümmern könne aber auch müsse, d. h., wie sie möglichst sozialverträglich um-/eingesetzt werden können.

Klar jedoch ist, dass Akzeptanz vorrangig eine Frage des Umgangs miteinander ist – Kollegen/-innen spüren sehr wohl Unehrlichkeit, aber auch Wertschätzung. Daher auch unsere Forderung nach einer flexiblen und sozialverträglichen Umsetzung der Reformschritte. Dies gilt insbesondere für die „Zerschlagung“ der Bereitschaftspolizei. Das Unwort: „Sortenreine Standorte“ könne man schon nicht mehr hören,



Der geschäftsführende Landesvorstand bei seiner Sitzung.

viel mehr mache es Sinn, nicht zuletzt mit Blick auf die Erfahrungen aus dem Evaluationsbericht der bayerischen Polizeireform, vorerst an gemischten Standorten festzuhalten.

Wir erhielten zumindest die Zusage, dass man nichts erzwingen wolle und dass bei erkannten „Fehlern“ auch durchaus Korrekturen möglich sind.

Themawechsel – hinlänglich bekannt ist, dass BW immer schon eines der schlechtesten Personalvertretungsrechte hatte, das durch die Dienstrechtsreform auch noch verschlechtert wurde. Daher forderten wir, mit Blick auf den Koalitionsvertrag, eine deutliche Verbesserung. IM Gall nahm den Ball sofort auf, kritisierte das mangelnde Vertrauen, seine Vita sei ja bekannt, und die unberechtigten Vorwürfe aus den Reihen der Gewerkschaften. Zurzeit gäbe es lediglich die Eckpunkte zum neuen LPVG und erste Äußerungen und Vorschläge, auf deren Basis ein Referentenentwurf erstellt wird. Dann erst gehe es ins eigentliche Beteiligungsverfahren. Er sehe durchaus noch Spielräume.

Heiß diskutiert wurde das Thema Nachwuchswerbung. Mit unserer Forderung nach Modernisierung und Angleich an die realen Gegebenheiten und Anforderungen rannten wir bei unseren Gesprächspartnern offene Türen ein. Die Notwendigkeit einer Anpassung oder gar Neuausrichtung wurde im Haus bisher so noch nicht gesehen bzw. unterstützt, da die Bewerberlage nach wie vor gut sei.

Alle Beteiligten seien sich jedoch einig, dass dies nicht so bleiben werde. Das Angebot an qualifizierte Bewerber werde zukünftig heiß umkämpft. Deshalb soll auch das Auswahlverfahren flexibler gestaltet werden. Absolute K.-o.-Kriterien sollen auf ein Minimum beschränkt. Einstellungs- und Gesundheitstest sollen flexibler gehandhabt und alle Verfahrensabläufe überprüft werden. Dies gelte vor allem für das abschließende Interview. Obwohl die Bedeutung dieses Prüfungsteiles nicht angezweifelt wird, verwundert es doch immer wieder, dass dadurch Prüfungsergebnisse völlig umgekehrt werden. Ganz aktuell wird das Deutschdiktat angeprangert, das bei einer Durchfallquote von 75% dringend den realen Anforderungen anzugleichen ist.

Die Politik sieht in den geplanten 500 Stellenwandlungen vom mittleren in den gehobenen Dienst nach wie vor den Einstieg in die zweigeteilte Laufbahn. So sind in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 je die Hälfte der 250 Stellenwandlungen von A 9 mD nach A 9 gD und A 9 +Z nach A 10 geplant. Die andere Hälfte soll über einen modifizierten „W8-Lehrgang“, einen „W10-Lehrgang“, mit Perspektive bis nach A 11 aufsteigen. Dieser „W 10“ soll aus acht Wochen Lernen auf der Dienststelle u. a. mit spartenspezifischer Fortbildung und zwei Wochen Lehrgang, davon eine Woche als abschließender Prüfungslehrgang, bestehen. Der Aufstieg soll wohl an gewisse Kriterien, u. a. Endamt m. D., mind. ein Jahr Aufgabe, die dem gehobenen Dienst zuzuordnen ist, und Beurteilungsnote, gebunden sein.

Womit wir gleich zum nächsten Thema „Flächendeckende Anlassbeurteilungen“ kamen. Die Handlungsanweisung, alle, die nicht unter die Regelbeurteilung fallen, Anlass zu beurteilen, resultiert u. a. aus der Möglichkeit dieses Aufstieges. Da jedoch der Hauptpersonalrat dieser Änderung nicht zustimmte, da sie nicht den geltenden Vorschriften entspricht, wurde die Anweisung wieder zurückgenommen. Wenn nun die Kriterien zum „vereinfachten“ Aufstieg in den gehobenen Dienst endgültig feststehen, können potenzielle Kandida-



Der geschäftsführende Landesvorstand beim Gespräch mit dem Inspekteur der Polizei, Gerhard Klotter, dem Innenminister Reinhold Gall und dem Zentralstellenleiter Thomas Berger
Fotos: wki/gdp



IM GESPRÄCH

ten/-innen immer noch nach den geltenden Richtlinien Anlass-beurteilt werden.

Rüdiger Seidenspinner leitete dann zu einem Thema über, das „immer hinten runterfällt“, nämlich das Berufsbild des/der Polizeifachangestellten. Um nicht das gleiche Dilemma zu erfahren wie beim Thema Höhergruppierung der Dasta-Angestellten, fordern wir die zeitnahe Einrichtung einer Arbeitsgruppe und Umsetzung der Versprechen. Den „Ewig Vergessenen“, nämlich unseren Angestellten und der Polizeiverwaltung, müssen endlich Perspektiven eröffnet werden. Thomas Berger sieht durchaus das Problem und weiß, dass sich da was ändern muss. Er bat aber auch um Verständnis und um Zeit, da die Polizeireform in allen ihren Facetten zurzeit alles überlagert. Die Sünden der Vergangenheit seien nicht von heute auf morgen aufzuarbeiten und er sei es langsam leid, immer an diesen jahrelangen Versäumnissen gemessen zu werden. Man müsse auch mal sehen, was in den vergangenen 19 Monaten für diese Polizei schon alles erreicht werden konnte. Konkreter wurde dann IdP Klotter, der sagte, dass dieses Thema für 2014 auf der Agenda stehe,

vorher sei es aufgrund der Fülle anderer Aufgaben einfach nicht leistbar.

Mit dem Hinweis, dass an diesen Personengruppen auch der „Beförderungssegen“ vor der Landtagswahl spurlos vorüberging, forderten wir nochmals, die bisher Vergessenen nicht weiterhin zu vernachlässigen

Unsere Tarifexpertin Christina Falk konnte sich einen Vergleich mit dem Dauerthema Höhergruppierung Dasta-Angestellte nicht verkneifen. Bisher sei da nichts umgesetzt, obwohl alle Hindernisse beseitigt und das Geld längst erwirtschaftet wurde. Da bei ihren Kolleginnen und Kollegen auch vom „Beförderungssegen“ vor der Landtagswahl nichts angekommen ist, glaubt niemand mehr so richtig an die Ernsthaftigkeit der Versprechen. So wie es aussehe, sei wohl auch die Schaffung des/der „Einsatzassistenten/-in“ gestorben, und um Stellen im höheren Verwaltungsdienst für die zukünftigen Juristen zu erwirtschaften, müssten noch weitere Stellenbesetzungssperren in Kauf genommen werden.

IdP Klotter widersprach den Vorwürfen dahingehend, dass der/die Einsatzassistent/-in weiterhin ein Thema sei. Da aber bisher weder die Finanzierung geklärt ist,

noch ein Profil erarbeitet/erstellt wurde, können diese Stellen im IBV auch noch nicht abgebildet werden.

Zum Thema weitere Stelleneinsparungen und Wiederbesetzungssperre erklärte er, dass diese Möglichkeit zurzeit geprüft werden. Dies würde bedeuten, dass frei werdende Stellen nur im Einvernehmen mit dem IM wieder besetzt werden können.

Befristungen aufgrund Mutterschutz o. Ä. seien davon nicht betroffen, da diese Stellen nicht gestrichen werden können.

Zum Abschluss bedankten wir uns für die Geduld und Ausdauer, kündigten aber gleichzeitig an, mit den offenen Fragen zeitnah wieder auf die Verantwortlichen zuzukommen.

Lothar Adolf



Die Gesprächsteilnehmer Foto: wki/gdp



Gewerkschaft der Polizei
Seminarprogramm
2013
(Änderungen möglich) 06.03.2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der GdP-Landesbezirk führt 2013 noch folgende Seminare und Bildungsmaßnahmen durch. Wie gewohnt, finden unsere Seminare in der Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim statt. Eventuelle Besonderheiten sind bei den jeweiligen Maßnahmen direkt aufgeführt.

<p>20. - 21. Juni</p> <p>07. - 09. Oktober (leider ausgebucht)</p> <p>18. Oktober</p> <p>28. - 30. Oktober</p> <p>15. - 16. April (Seminar ausgebucht)</p> <p>06. - 07. Juni (nur noch wenige Plätze frei)</p> <p>03. - 04. Juni 2013 (noch Plätze frei)</p> <p style="text-align: right;">In Planung</p> <p style="text-align: right;">In Planung</p>	<p>GdP- Frauseminar in Wertheim, Veranstalter der Landesfrauenvorstand</p> <p>GdP- Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst gehen, Veranstalter: Seniorengruppe, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich.</p> <p>GdP- Seminar für die Beauftragten für Chancengleichheit in der GdP-Geschäftsstelle, Veranstalter der Landesfrauenvorstand.</p> <p>GdP- Tarifseminar in Wertheim für Kolleginnen und Kollegen, die bisher noch kein Seminar besucht haben.</p> <p>GdP- Personalratsschulungen zur Polizeireform, Beteiligung im IBV, Übergangspersonalräte und Mitbestimmung in den neuen Strukturen. Für die Teilnahme ist ein Entschendebeschluss des Personalrats erforderlich, Tagungsort Commundo Hotel Stuttgart.</p> <p>Personalratsschulung zur Polizeireform im Commundo Hotel Stuttgart. (Nähere Infos siehe oben)</p> <p>Personalratsschulung zur Polizeireform im Commundo Hotel Stuttgart. (Nähere Infos siehe oben)</p> <p>Zwei eintägige Schulungen für Seniorenvertreter in den Kreisgruppen der Regierungsbezirke Karlsruhe und Freiburg. Weitere Informationen dazu folgen.</p> <p>Ebenfalls in Planung ist eine Personalratsschulung „Arbeitschutz“ zum Thema Burnout im 2. Halbjahr. Sofern notwendig, werden auch Schulungen zum Thema Arbeitszeit angeboten.</p>
--	---

Außer für die Personalratsschulungen und die Seniorenveranstaltungen kann für alle Seminare Sonderurlaub nach der AZUVO und Arbeitsbefreiung nach dem TVL beantragt werden. Für alle Seminare (außer Personalratsschulungen) werden die Kosten von der GdP übernommen. Anmeldungen sind ab sofort über die GdP-Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 07042/8790 oder andrea.stotz@gdp-bw.de möglich. Dort erhaltet ihr auch weitere Infos.



Es ist wieder soweit!
Auf geht's zur

20. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit
GdP - JUNGE GRUPPE -
Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.



Wann: In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 27.07. - 03.08.2013

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preis: Mitglieder 180 € / Nichtmitglieder 250 €

Im Preis enthalten:
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt, und vieles mehr!

Anmeldeunterlagen anfordern über die
GdP-Service GmbH BW, Tel. 07042 / 879-0 oder info@gdp-bw.de

Informationen zur Jugendfreizeit: mellienehls@googlemail.com oder 0174 - 92 98 286
Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen





Hilfe für Senioren und Seniorinnen bei der fälligen Lohnsteuererklärung

Derzeit erhalten viele Senioren und Seniorinnen unangenehme Post vom Finanzamt.

Sie werden aufgefordert, eine Einkommensteuererklärung abzugeben. Es drohen sowohl Nachzahlungen als auch Vorschusszinsen.

Mit der Neuregelung der Besteuerung der Alterseinkünfte wurde das Rentenbezugsmitteilungsverfahren eingeführt.

Durch die Rentenbezugsmitteilungen kennen die Finanzämter alle seit 2005 ausgezahlten Renten, nicht nur aus der gesetzlichen, sondern auch von privaten Versicherungen oder Versorgungswerken.

Anhand dieser Einkünfte kann das zuständige Finanzamt ermitteln, ob eine Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung – sogar rückwirkend bis ins Jahr 2005 – besteht.

Für diejenigen Senioren und Seniorinnen, die bisher keine Steuererklärung abgegeben haben, kann es teuer werden. Es sollten alle Betroffenen jedoch Ruhe bewahren und sich gründlich informieren.

Es gibt eine wichtige Hilfestellung. Speziell für Senioren und Seniorinnen bietet der Bund der Steuerzahler BW einen Leitfaden für die korrekte Erstellung einer Steuerklärung an.

Der Ratgeber ist kostenlos, ebenso die wichtigen Formulare. Sie können beim Bund der Steuerzahler BW unter der gebührenfreien Rufnummer 08 00/0 76 77 78 angefordert werden.

AUS DEN KREISGRUPPEN

GdP-Seniorenstammtisch beim PP Stuttgart

Der GdP-Stammtisch der KG PP Stuttgart trifft sich am Donnerstag, 25. 4. 2013, 14.00 Uhr, im Casino des PP Stuttgart, Hahnemannstraße 1

zu einer Führung durch das Führungs- und Lagezentrum und das Polizeigewahrsam. Im Anschluss daran ist ein gemütliches Zusammensein im Casino vorgesehen. Für die Logistik ist gesorgt.

Ich bitte um eine Anmeldung auf 07 11/89 90-37 47 oder ppstuttgart@gdp-info.de

WB

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur:

Polizeihauptkommissar

Sigmaringen: Johannes Jetter.

Kriminalhauptkommissar

Freiburg PD: Bernhard Kurz.

Polizeioberkommissar/-in

Alb-Donau/Ulm: Jessica Böhm.

Bepo-Göppingen: Jürgen Metzler.

Bodenseekreis: Fabian Herkommer.

Freiburg PD: Boris Woyciechowski.

Amtsinspektor

Freiburg LPD: Sascha Schupp.

Polizeihauptmeister +Z

Böblingen PD: Harald Sinner.

Freiburg PD: Ulrich Betz.

Polizeiobermeister

Bodenseekreis: Steffen Schönefeldt.

Böblingen PD: Sebastian Ritter.

Es traten in den Ruhestand:

Calw: Winfried König.

Heilbronn: Wolfgang Drautz.

Heidelberg: Bruno Scholl.

Konstanz: Norbert Sterk.

Landeskriminalamt: Hermann Keller.

Mannheim: Hans Bruttel.

Ortenaukreis: Michael Löhrmann.

Pforzheim: Heinz Brunner.

Ravensburg PD: Reinhold Theiss.

Waldshut-Tiengen: Wolfgang Schmitt.

(Zusammengestellt v. A. Burckhardt)

TARIFRUNDE 2013

Unsere Vertreter in Potsdam

Am ersten Märzwochenende fand die dritte und entscheidende Tarifrunde in Potsdam statt, bei der, wie wir mittlerweile wissen, ein akzeptabler Tarifabschluss für unsere Kolleginnen

und Kollegen im Tarifbereich gefunden wurde. Der Tarifabschluss soll, so unsere Forderung, auch zeit- und inhaltsgleich für Beamtinnen und Beamte übernommen werden. Aus Baden-Württemberg nahmen die stellvertretende Landesvorsitzende Christina Falk mit ihrer Menti Sabine Seidenspinner, Landesvorstandsmitglied Elke Seeberger und Landesvorsitzender und Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand, Rüdiger Seidenspinner, teil.

